

06.12.2022

Entschließungsantrag

der Fraktion der FDP

Die Straßenausbaubeiträge müssen abgeschafft werden!

zu dem Antrag „**Straßenausbaubeiträge endlich abschaffen – Stichtag anpassen**“

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1871

I. Ausgangslage

Wenn eine Stadt eine Straße erneuert, kann sie die entstehenden Kosten auf die Anlieger umlegen. Diese Beiträge für den Straßenausbau sind vielen Eigentümerinnen und Eigentümern ein Dorn im Auge, denn sie können schnell vierstellige Euro-Beträge erreichen.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich mit großem Einsatz zu diesem Thema engagiert. In einer Volksinitiative forderten im Jahr 2019 rund 437.000 Personen eine Reform.

Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode haben sich FDP und CDU darauf verständigt, Bürgerinnen und Bürger von Straßenausbaubeiträgen zu entlasten. Die Entlastungsschritte verliefen in drei Schritten:

1. Entlastung um 50 Prozent: Die schwarz-gelbe Koalition legte 2020 ein Förderprogramm auf. Es entlastete die Bürgerinnen und Bürger zur Hälfte bei den Beitragskosten. Das galt für alle Ausbauprojekte, die seit Januar 2018 beschlossen wurden.
2. Entlastung um 100 Prozent: Die schwarz-gelbe Koalition erweiterte im März 2022 das o.g. Förderprogramm. Die Beitragskosten der Bürgerinnen und Bürger sollten vollständig entfallen. Die Förderung erfolgt weiterhin auch rückwirkend. Wer bisher zur Hälfte entlastet wurde, erhält nun auch die andere Hälfte.
3. Auftrag zur Abschaffung: Die Landesregierung sollte bis zum 30. Juni 2022 ein Konzept erarbeiten, um die Beiträge gänzlich abzuschaffen. Dies hat der Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP im März 2022 entschieden.

Datum des Originals: 06.12.2022/Ausgegeben: 06.12.2022

Salamitaktik von CDU und Grünen

Mit der Landtagswahl im Mai 2022 kam es zum Regierungswechsel. In ihrem Koalitionsvertrag schienen sich CDU und Grüne zunächst grundsätzlich zu dem Vorhaben, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen, zu bekennen. Allerdings erleben wir seit der Regierungsübernahme ein auf Zeitspielen von Kommunalministerin Ina Scharrenbach. Insofern ist es kaum verwunderlich, dass die neue Landesregierung die vom Landtag im Frühjahr gesetzte Frist vom 30. Juni 2022 verstreichen ließ.

Ministerin Scharrenbach informierte das Parlament proaktiv nicht über die Gründe, die ihr aufgetragene Frist verstreichen zu lassen. Die FDP-Landtagsfraktion forderte daher schon im August 2022 Auskunft über die Beweggründe. In diesem Zusammenhang erfuhr die Öffentlichkeit, dass die Landesregierung seit dem Landtagsbeschluss im März 2022 nicht ein einziges Mal mit den Städten und Gemeinden über eine Lösung beraten habe. Lediglich ein Gutachten habe die Landesregierung in Auftrag gegeben.

Nach Aufforderung der FDP veröffentlichte die Landesregierung das Gutachten am 18. November 2022. Aus dem Deckblatt des Gutachtens geht hervor, dass es bereits am 24. Juni 2022 erstellt wurde. Dem Landtag gegenüber erläuterte Ministerin Scharrenbach Mitte November, dass die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge für sie aktuell keine Priorität habe.

Keine Zeit für politisches Taktieren

Dabei ist es jetzt Zeit zu handeln: Die schwarz-grüne Landesregierung muss dafür sorgen, dass die Straßenausbaubeiträge vollständig abgeschafft werden. Den Kommunen dürfen dadurch keine Nachteile entstehen. Die Basis bildet der Beschluss des Landtags aus dem Frühjahr 2022.

Wenn dieser Beschluss und klare Auftrag nicht umgesetzt wird, ist das eine Missachtung des Parlaments und auch der zahlreichen Bürgerinitiativen. In dieser Krisenzeit müssen sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen aber auf die Landesregierung verlassen können.

II. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Landtag schnellstmöglich, spätestens aber bis zum 30. Januar 2023, ein Konzept zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen vorzulegen. Dabei dürfen keine Konnexitätsfolgen für die Kommunen auftreten.

Henning Höne
Marcel Hafke
Marc Lürbke
Ralf Witzel

und Fraktion